

Berlinale: Merz erwartet »schnelle Klärung«

Berlin. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ruft in der Diskussion über die künftige Ausrichtung der Berlinale und die Zukunft von Festivalchefin Tricia Tuttle zu einer raschen Klärung auf. »Der Bundeskanzler verfolgt natürlich die öffentlichen Äußerungen in dieser Debatte sehr genau und er erwartet von den Parteien einen respektvollen Umgang miteinander und eine schnelle Klärung der Sachverhalte«, sagte der stellvertretende Regierungssprecher Sebastian Hille am Freitag in Berlin. Er ergänzte: »Die im Raum stehenden Vorwürfe müssen ausgeräumt werden und gegenseitige Unterstellungen müssen unterbleiben.«

Nach einer Aufsichtsratssitzung am Donnerstag würden die Gespräche in den kommenden Tagen weitergeführt, sagte der Sprecher. Die Berlinale-Jury und Tuttle seien vergangene Woche beim Kanzler im Kanzleramt gewesen und hätten »ihren Blick auf die Kontroverse überzeugend dargelegt«. Tuttle habe »auch zum Ende der Berlinale in einer vernünftigen Rede den richtigen Ton getroffen und zur Vereinnahmung der Kunst durch die Politik sich geäußert«.

Auf die Frage, ob dies bedeute, dass Merz gegen eine vorzeitige Abberufung Tutttles sei, antwortete der Sprecher, er wolle nicht über das spekulieren, was sich aus den Gesprächen ergeben könne. Die *Bild* hatte berichtet, Tuttle solle abberufen werden. Hintergrund sei der Umgang mit dem Nahostkonflikt.

Hille sprach von einer etwas überhitzten und schrägen Debatte. »Es geht doch gar nicht um Eingriffe in Kunstfreiheit«, sagte er. Die Diskussion entspinne sich an Aussagen, die zur Abschlussgala auf der Bühne der Berlinale getroffen worden seien. Es müsse die einfache Frage beantwortet werden: »Was soll und darf auf der Bühne der Berlinale stattfinden?« Es könne wenig Zweifel daran geben, dass »Aussagen, die der Bundesregierung eine Beteiligung an einem Völkermord unterstellen und auch noch Drohungen beinhalten, nicht an einem solchen Ort stattfinden sollen«.

Der syrisch-palästinensische Regisseur Abdallah Alkhatib hatte der Bundesregierung auf der Bühne vorgeworfen, Partner »des Völkermords im Gazastreifen« zu sein. Umweltminister Carsten Schneider (SPD) verließ daraufhin den Saal und ließ mitteilen, die Aussagen seien nicht akzeptabel. Kulturstaatsminister Wolfram Weimer (parteilos) und Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) verurteilten die Aussagen ebenfalls.

Nachdem Kulturstaatsminister Weimer eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung zur Berlinale einberufen hatte, formierte sich in der Kulturbranche breiter Protest. Hundert Filmkünstler kritisierten in einem offenen Brief, es gehe auch »um den Umgang mit künstlerischer Freiheit und institutioneller Unabhängigkeit«. Die Deutsche Filmakademie warnte vor politischer Einflussnahme.

Auch der frühere Festivalchef Dieter Kosslick stellt sich hinter Tuttle. »Das ist ja gespenstisch, was hier abläuft«, sagte er dem *Bayerischen Rundfunk*. Da gewinne ein Film mit dem Titel »Gelbe Briefe« den Goldenen Bären, in dem es darum gehe, dass Künstlern von der Regierung das Wort verboten werde und sie abgelöst würden. »Und dann bekommt jemand blaue Briefe hier.« Die Berlinale sei seit 1951 ein Festival der Meinungsfreiheit. »Egal, was da am Ende bleibt: Die Berlinale ist beschädigt.« (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/518844.kunstfreiheit-berlinale-merz-erwartet-schnelle-klärung.html>